

Deutschland-Alzey: Dienstleistungen von Ingenieurbüros
OJ S 61/2023 27/03/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Rheinhessen - Fachklinik
Postanschrift: Dautenheimer Landstrasse 66
Ort: Alzey
NUTS-Code: DEB3B Alzey-Worms
Postleitzahl: 55232
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): hs Gesellschaft für Projektsteuerung und Baumanagement mbH
E-Mail: info@hs-psbm.de
Telefon: +49 61314819600
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.landeskrankenhaus.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y546NZN/documents>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y546NZN>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5. Haupttätigkeit(en)

Gesundheit

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

0180.40 Tragwerksplaner LP 1 - 6 - Alzey - Neubau einer Forensik mit 80 Betten
Referenznummer der Bekanntmachung: 0180.40_Tragwerksplaner HOAI § 49 LP 1 - 6 - Alzey

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Tragwerksplaner gemäß § 49 ff HOAI LPH 1 - 6. Beauftragung für den Neubau einer Forensik mit 80 Betten in Alzey für die Rheinhessen-Fachklinik.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEB3B Alzey-Worms

Hauptort der Ausführung: Dautenheimer Landstrasse 66 55232 Alzey

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Beauftragt werden soll die Tragwerksplanung, LPH 1 - 6, § 49 ff HOAI.

Gegenstand der Ausschreibung ist die Planung und Umsetzung eines Neubaus "Forensik mit 80 Betten" in Alzey für die Rheinhessen-Fachklinik.

Beauftragt werden soll die Tragwerkplanung, LPH 1 - 6, § 52 ff HOAI.

Projektbeschreibung

Die Rheinhessen-Fachklinik, Alzey plant den Neubau einer Forensik mit 80 Betten auf dem bestehenden Klinikareals. Das neu zu planende und zu erstellende Gebäude soll vier geschlossene Stationen vorsehen, wobei eine Station für geriatrische Patienten eingeplant werden soll.

Aktueller Projektstand

Eine Machbarkeitsstudie wurde erstellt. Diese liegt den Teilnahmeunterlagen bei.

Durch das VgV-Verfahren wird ein geeignetes Planungsbüro gesucht, das die Leistungsphasen 1 bis 6 § 52 HOAI bearbeiten soll. Es erfolgt eine stufenweise Beauftragung. Zunächst einmal die LP 1 - 3. Ein

Anspruch auf Beauftragung weiterer Leistungen besteht nicht.

Kosten

Kostenrahmen Stand April 2022:

KG 300 ca. 16.008.000 Euro (netto)

KG 400 ca. 9.602.000 Euro (netto)

Termine

Die Beauftragung der Planung ab Leistungsphase 1 erfolgt voraussichtlich im Juni / Juli 2023, der Baubeginn ist

für Anfang / Mitte 2025 vorgesehen. Je nach Konzeption, Abstimmung mit den Fördergebern und vorbehaltlich der Entscheidungsgremien zur Durchführung des Projektes ist vorgesehen, die Maßnahme bis Ende 2027 abzuschließen.

Laufzeit des Vertrags: ca. 54 Monate

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Team / Vertretungsregeln / Gewichtung: 30

Qualitätskriterium - Name: Projektabwicklung / Gewichtung: 30

Qualitätskriterium - Name: Kapazität / Leistungsfähigkeit / Gewichtung: 10

Kostenkriterium - Name: Honorar / Gewichtung: 30

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7.

Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 54

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Eine projektbezogene Verlängerung ist möglich, wenn das Projekt nicht bis Ende 2027 fertig gestellt werden kann.

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3Höchstzahl: 5Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Auswahl der Bewerber erfolgt in 2 Stufen:

1. Stufe: Zunächst wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen genügen. Unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung innerhalb einer Frist von 6 Tagen weiterhin unvollständig bleiben, können nicht berücksichtigt werden. Prüfung der Eignung aufgrund der geforderten eingereichten Angaben und Unterlagen, insbesondere der festgelegten Anforderungen an die technische und berufliche Leistungsfähigkeit gemäß Bewertungsmatrix. Übersteigt die Anzahl der geeigneten Bewerber die Höchstzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber (gem. Teilnahmebedingungen max. 5 Bewerber), wird die Auswahl unter mehreren gleich platzierten Bewerbern durch Los getroffen.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Der Bewerber muss in seinem Teilnahmeantrag folgende Anforderungen nachweisen:

- Erklärung über das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 und Abs. 4 GWB, § 124 GWB sowie
- Erklärung über die ordnungsgemäße Gewerbeanmeldung.
- Befähigung zur Erlaubnis der Berufsausübung mit Nachweis der Berufszulassung durch Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister gemäß Vorgabe des EU-Staates, in dem der Bewerber tätig ist. Siehe Absatz III.2.1 Angaben zu einem besonderen Berufsstand.
- Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue und Mindestlohnverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Rheinland-Pfalz (LTTG).

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Der Bewerber muss mit seinem Teilnahmeantrag folgende Anforderungen nachweisen.

- Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung über mindestens 3,0 Mio. EUR für Personenschäden und 5,0 Mio. EUR für sonstige Schäden oder die Bestätigung mit Unterschrift des Bewerbungsformulars, dass eine entsprechende Berufshaftpflichtversicherung im Auftragsfall abgeschlossen wird.
- Erklärung über den Gesamtumsatz in den letzten 3 Geschäftsjahren gemäß § 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV,
- Erklärung über den Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags in den letzten 3 Geschäftsjahren gemäß § 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Der Bewerber muss mit seinem Teilnahmeantrag folgende Anforderungen nachweisen:

Referenzobjekt I:

Mindestanforderung - "Neubau oder Erweiterungsbau eines *fertiggestellten Gebäudes" - Investitionsvolumen

mindestens 20.000.000,00 EUR netto (Kstgr. 300 + 400) Fertigstellung ab 2016".

Umbau / Modernisierung / Sanierung wird nicht gewertet!

Bewertungskriterium:

Zusatzpunkte gemäß beiliegendem Referenzdatenblatt 1 für:

- erbrachte Leistungsphasen nach HOAI LP 1 - 6
- mehrgeschoßiges Gebäude (mind. 3 Geschoße)

Referenzprojekt II: " Neubau oder Erweiterungsbau" eines *fertiggestellten Gebäudes" - Investitionsvolumen mindestens 15.000.000,00 EUR netto (Kstgr. 300 + 400) Fertigstellung ab 2016".

Umbau / Modernisierung / Sanierung wird nicht gewertet!

Bewertungskriterium: Zusatzpunkte gemäß beiliegendem Referenzdatenblatt 2 für:

- erbrachte Leistungsphasen nach HOAI LP 1 - 6
- mehrgeschoßiges Gebäude (mind. 3 Geschoße)

*Fertiggestellt:

Als *fertig gestellt gilt das Projekt nach Fertigstellung und Abnahme der betreffenden Gewerke und Inbetriebnahme des Gebäudes. Das gesamte Investitionsvolumen des jeweiligen Referenzprojekts muss damit abgedeckt sein. Teilsanierungsabschnitte, die unterhalb des geforderten Investitionsvolumens liegen, können nicht gewertet werden.

Vergleichbares Projekt Referenz I + II:

baulicher und technischer Neubau oder Erweiterungsbau eines Gebäudes mittlerer Komplexität oder höher.

Honorarzone Tragwerksplaner mindestens III: Lagerhallen oder Gebäude mit geringerer Komplexität werden nicht gewertet.

Die Berufserfahrung der Projektleitung und der stellv. Projektleitung

ist jeweils in Jahren und vergleichbaren Positionen nachzuweisen. Des Weiteren kann die Eignung der Projektleitung und der stellv. Projektleitung zusätzlich durch Nachweise relevanter Weiterbildungsmaßnahmen (z.B. Stahlbetonbau, Stahlbau, Abdichtung, konstr. Brandschutz, Termin-Kosten-Leistungskontrolle, LBauO, HOAI etc.) ergänzt werden.

Nach Feststellung der formellen Eignung werden diese Unterlagen für die Wertung herangezogen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Werden die Mindestanforderungen nicht erfüllt, wird das jeweilige Projekt nicht gewertet!

Bewertung:

Alle aufgeführten Referenzobjekte müssen seit 2016 baulich fertig gestellt sein. Gewertet werden 2 Referenzobjekte. Werden mehr als 2 Referenzen eingereicht, werden die Projekte mit der jeweils höchsten

Bewertung zur Gesamtauswertung herangezogen.

Die Referenzdatenblätter 1 + 2 sind vom Bewerber auszufüllen und zwingend mit der Bewerbung einzureichen.

Bei Nichtvorlage wird das jeweiligen Referenzprojekt nicht gewertet. Der Nachweis der erbrachten Zusatzpunkte für Referenz I + II ist mit in einem gesonderten Projektbescrieb zu erläutern und mit dem Teilnahmeantrag abzugeben. Sind die Angaben nicht erlesbar oder eindeutig, erfolgt keine Nachforderung von Angaben oder Unterlagen und es erfolgt keine Punktevergabe.

Es muss mindestens 1 Referenzprojekt in die Wertung mit einfließen, um ggf. in das Verhandlungsverfahren zu kommen. Die Bepunktung für die Projektleitung und stellv. PL für Berufsjahre und Fortbildungen alleine reicht nicht aus! In dem Fall wird der Bewerber vom weiteren Verfahren ausgeschlossen!

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Berufliche Qualifikation nach § 44 VgV i. V. m. § 75 Abs. 1 VgV (Eintragung in ein Berufsregister oder Nachweis eines Abschlusses, bspw. Diplom-/Bachelor-Masterurkunde o. ä.).

Teilnahmeberechtigt sind: Natürliche Personen, die gemäß Rechtsvorschriften ihres Heimatstaates zur Führung der Berufsbezeichnung "Ingenieur, und / oder beratender Ingenieur oder vergleichbar" berechtigt sind. Ist in den jeweiligen Heimatstaaten die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die Anforderungen als Ingenieur, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG gewährleistet ist. Juristische Personen, wenn deren satzungsmäßiger Geschäftszweck auf Planungsleistungen ausgerichtet ist, und der Planungsaufgabe entspricht und wenn der verantwortliche Verfasser der Planung oder der gesetzliche Vertreter der juristischen Person die an die natürlichen Personen gestellten Anforderungen erfüllt. Arbeitsgemeinschaften, bei denen jedes Mitglied die Anforderungen erfüllt, die an die natürlichen oder juristischen Personen gestellt werden.

Nachweis z.B. Kammereintragung oder sonstige Nachweise sind in Kopie der Anlage beizufügen.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 24/04/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 22/05/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31/12/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Das vorliegende europaweite Vergabeverfahren ist ein zweistufiges Verfahren nach VgV. Die erste Stufe ist der Teilnahmewettbewerb, die zweite Stufe das eigentliche Verhandlungsverfahren, an dem nur noch max. 5 geeignete Bewerber teilnehmen. Es werden Bewerbungsformulare durch den Auftraggeber ausgegeben. Diese sind ausschließlich über das Deutsche Vergabeportal über die genannte Bekanntmachungs-ID erhältlich.

Für die Abgabe des Teilnahmeantrags sind zwingend die vorbereiteten Unterlagen zu verwenden und zu verschlüsseln. Der Teilnahmeantrag muss im Bereich "Teilnahmeanträge" fristgerecht hochgeladen werden.

Die Angebotsabgabe muss ebenfalls elektronisch über die Vergabeplattform "verschlüsselt" im Bereich "Angebote" hochgeladen werden. Eine Abgabe des TNA und des Angebotes darf nicht per Email oder im Bereich der Kommunikation erfolgen. Dies führt zum Ausschluss aus dem Verfahren.

Zur Aufwandsbegrenzung für die Bewerber und Handhabbarkeit für das Auswahlverfahren sind die Bewerbungsunterlagen verbindlich auf die Bewerbungsformulare begrenzt. Die zusätzlich zum Bewerbungsformular eingereichten Unterlagen sind auf max. 15 Seiten zuzüglich Nachweise zu begrenzen. Umfangreichere Bewerbungen bleiben i.S. der Gleichbehandlung unberücksichtigt. Gezählt wird der Gesamtumfang der Unterlagen (Deckblätter und Anschreiben ohne inhaltliche Aussage werden nicht gezählt).

Den höchstens 5 qualifizierten Bewerbern der Stufe 1 werden sodann die Vergabeunterlagen der Stufe 2 bereit gestellt.

Die übrigen Bewerber werden entsprechend der vergaberechtlichen Erfordernissen über ihre Nichtberücksichtigung informiert.

Nachfragen werden nur beantwortet, wenn Sie bis spätestens 7 Tage vor dem Schlusstermin zur Abgabe der Teilnahmeanträge elektronisch auf der Plattform www.dtyp.de unter der unten genannten Bekanntmachungs-ID gestellt werden.

Ein Wechsel der Projektleitung bzw. der stellvertretenden Projektleitung, die im Teilnahmewettbewerb genannt werden, führt zum Ausschluss, wenn für den Wechsel kein triftiger Grund vorliegt!

Hinweis zum Verhandlungsverfahren 2. Stufe:

Bewertungsmethode:

die Teilnehmer des Bewertungsteams bewerten voneinander unabhängig die vorgegebenen Kriterien. Danach wird aus der Summe der Bewertungen ein Mittelwert gebildet.

Dezimalstellen werden kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet.

Allgemeiner Hinweis:

Ausführliche Informationen sowie Anleitungen zum Vergabeportal finden Sie unter:

<https://support.cosinex.de> oder telefonisch von Montag bis Freitag 07:00 - 17:00: Tel. 0900 - 1 - 267463.

Bekanntmachungs-ID: CXP4Y546NZN

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Rheinland-Pfalz

Postanschrift: Stiftstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Bieter haben etwaige Verstöße gegen Vergabevorschriften unter Beachtung der Regelungen der Regelungen in § 160 Abs. 3 GWB zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist nach §160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit:

1. Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

22/03/2023